

Neue Studien zu Fragen der Gesellschaft

Externe Quellen

Drei neue Studien zu Fragen der Gesellschaft. Bis die analysierende und interpretierende Wissenschaft sich mit den Ergebnissen auseinandergesetzt hat, vergeht Zeit. Das bedeutet, dass auch GWP diese Zeit abwarten muss. Wir werden nach Möglichkeit ausführlicher und kritisch auf die Untersuchungen eingehen. Aber aufmerksam machen möchten wir Sie darauf schon jetzt. Die Mitteilungen der Forschungsinstitute (bzw. des BMI) werden hier nur angerissen. Die angegebenen Links führen auf den Fundort und dort auf die vollständigen Darstellungen.

I Muslimfeindlichkeit

Ein Expertenbericht über antimuslimischen *Rassismus* in der Gesellschaft mit konkreten Handlungsempfehlungen. *Bundesinnenministerin Nancy Faeser dazu*: „Muslimisches Leben gehört selbstverständlich zu Deutschland. Wir wollen, dass alle Menschen in unserer vielfältigen Gesellschaft die gleichen Chancen und Rechte haben. Umso bitterer sind die Befunde dieses ersten umfassenden Berichts zur Muslimfeindlichkeit in Deutschland ...“

II Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie in Ostdeutschland

Die Wahl- und Umfrageerfolge der AfD – besonders in den neuen Bundesländern – auf Wählerprotest zurückzuführen, greift zu kurz. Es gibt grundlegende Einstellungen und Tendenzen, die nicht zuletzt Unzufriedenheit mit der Demokratie bedeuten. Ergebnisse einer Studie des *Research Centre Global Dynamics* der Leipziger Universität in Kooperation mit dem Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ).

III Gender Pay Gap und Gender Care Gap

Nach der Familiengründung übernehmen Frauen deutlich mehr unbezahlte Sorgearbeit, nehmen dafür häufiger und länger andauernde Elternzeit und arbeiten deutlich häufiger in Teilzeit.

Die nahezu parallele Entwicklung des *Gender Pay Gaps* und des *Gender Care Gaps* im Alter von Anfang 20 bis Mitte 50 legt nahe, dass die Familiengründung einen kritischen Wendepunkt für den Verlauf der Erwerbskarrieren von Frauen und Männern darstellt.

Fazit der Autorinnen: Familienpolitik sollte Gender Care Gap und Gender Pay Gap gleichzeitig in den Blick nehmen.

I Muslimfeindlichkeit

Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat

Der Unabhängige Expertenkreis Muslimfeindlichkeit (UEM) hat heute nach rund dreijähriger Tätigkeit seinen Abschlussbericht „Muslimfeindlichkeit – Eine deutsche Bilanz“ vorgestellt und dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) übergeben. Der Bericht zeigt ein gesellschaftliches Lagebild zur Muslimfeindlichkeit auf der Grundlage von wissenschaftlichen Studien, der polizeilichen Kriminalstatistik und der Dokumentation von muslimfeindlichen Fällen durch Antidiskriminierungsstellen, Beratungsstellen und NGOs. Demnach sei antimuslimischer *Rassismus* in weiten Teilen der Gesellschaft verbreitet und alltägliche Realität. Dem Bericht schließen sich konkrete Handlungsempfehlungen an, die sich an alle staatlichen und gesellschaftlichen Ebenen richten.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser: „Muslimisches Leben gehört selbstverständlich zu Deutschland. Wir wollen, dass alle Menschen in unserer vielfältigen Gesellschaft die gleichen Chancen und Rechte haben. Umso bitterer sind die Befunde dieses ersten umfassenden Berichts zur Muslimfeindlichkeit in Deutschland: Viele der 5,5 Millionen Musliminnen und Muslime in Deutschland erleben Ausgrenzung und Diskriminierung im Alltag – bis hin zu Hass und Gewalt. Es ist sehr wichtig, dies sichtbar zu machen und ein Bewusstsein für noch immer weit verbreitete Ressentiments zu schaffen.

Deshalb danke ich dem Unabhängigen Expertenkreis Muslimfeindlichkeit sehr herzlich für seine wichtige Arbeit. Wir werden uns intensiv mit den Ergebnissen und Handlungsempfehlungen beschäftigen und alles tun, um Diskriminierungen abzubauen und Musliminnen und Muslime besser vor Ausgrenzung zu schützen. Das ist eine Aufgabe der Politik. Wir müssen insbesondere Bildung und Prävention weiter stärken. Zugleich ist es eine Aufgabe für uns als gesamte Gesellschaft, für ein gutes und respektvolles Miteinander zu sorgen.“

Der Unabhängige Expertenkreis definiert Muslimfeindlichkeit als „die Zuschreibung pauschaler, weitestgehend unveränderbarer, rückständiger und bedrohlicher Eigenschaften gegenüber Musliminnen und Muslimen und als muslimisch wahrgenommenen Menschen. Dadurch wird bewusst oder unbewusst eine ‚Fremdheit‘ oder sogar Feindlichkeit konstruiert. Dies führt zu vielschichtigen gesellschaftlichen Ausgren-

zungs- und Diskriminierungsprozessen, die sich diskursiv, individuell, institutionell oder strukturell vollziehen und bis hin zu Gewaltanwendung reichen können.“

Um die Anstrengungen im Kampf gegen Muslimfeindlichkeit zu intensivieren, insbesondere aber auch in *Reaktion auf rassistisch motivierte Anschläge wie in Hanau am 19. Februar 2020* hat das Bundesministerium des Innern und für Heimat im September 2020 den Unabhängigen Expertenkreis Muslimfeindlichkeit einberufen.

Die Arbeit des UEM wurde aus Mitteln der Deutschen Islam Konferenz finanziert, die sich bereits seit 2012 mit dem Phänomen befasst.

Der UEM erhielt den Auftrag, aktuelle und sich wandelnde Erscheinungsformen von Muslimfeindlichkeit in Deutschland zu analysieren und als Ergebnis einen Bericht vorzulegen sowie Empfehlungen für den Kampf gegen antimuslimischen Hass und Ausgrenzung zu erarbeiten. Der UEM war in seiner Arbeit, der inhaltlichen Schwerpunktsetzung sowie hinsichtlich seines Abschlussberichts unabhängig. Es handelt sich daher nicht um einen Bericht der Bundesregierung.

Die weitere Befassung mit dem Abschlussbericht des UEM soll im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz vorgenommen werden. Hierzu ist auch eine Fachkonferenz im Herbst dieses Jahres geplant.

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/06/uem-abschlussbericht.html>

II Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie in Ostdeutschland

Pressemitteilung des Else-Frenkel-Brunswik-Institut (EFBI) (beim Research Centre Global Dynamics der Universität Leipzig)

Die große Mehrheit der Befragten gab an, sich ohne politischen Einfluss zu fühlen. Die Identifikation als Ostdeutsche ist hoch, die Bilanz der Wende durchwachsen: „Ein Viertel fühlt sich als Verlierer der Wende, nicht mal die Hälfte möchte sich als Gewinner bezeichnen. Rückblickend ist die Zufriedenheit unter den Befragten mit ihrem Leben in der DDR hoch“, fasste Decker ein zentrales Ergebnis der repräsentativen Befragung zusammen. Die Studie, die auch Fragen zum Erleben und zur Bewertung der Wendejahre stellt, entstand in Kooperation mit dem Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) - einem Verbund aus elf Hochschul- und Forschungsinstituten, der die Widersprüche des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland in den Blick nimmt.

Die Studie ergab außerdem eine hohe Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen in den ostdeutschen Bundesländern. Chauvinistische und ausländerfeindliche Aussagen würden nur von einer Minderheit der Befragten abgelehnt, betonten die Projektleiter. Elemente der Neo-NS-Ideologie würden zwar nicht im selben Maße offen geäußert, antisemitische und sozialdarwinistische Statements finden aber ebenfalls Zustimmung – ein Drittel der Bevölkerung stimmt ihnen vollständig oder teilweise zu. Ausgeprägt sei die Zustimmung in den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. „Hier ist damit das Potential für extrem-rechte und neonazistische Parteien, Wähler zu finden, besonders hoch. Jeder zweite wünscht sich eine ‘starke Partei’, die die ‚Volks-

gemeinschaft‘ insgesamt verkörpert. Statt pluralistischer Interessensvielfalt wird eine völkische Gemeinschaft gewünscht“, erläuterte Brähler. Decker fügt hinzu: „Unsere Untersuchung zeigt, dass sich derzeit viele Menschen in den ostdeutschen Bundesländern nicht mehr demokratische Teilhabe und Sicherung der demokratischen Grundrechte wünschen, sondern die scheinbare Sicherheit einer autoritären Staatlichkeit.“

Die Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie im Alltag funktioniert, ist der Befragung zufolge schwach ausgeprägt. Nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung finde sich in ihr wieder. Das korrespondiere mit der hohen politischen Deprivation: Zwei Drittel halten es für sinnlos, sich politisch zu engagieren, und kaum jemand glaubt, einen Einfluss auf die Regierung zu haben. Dazu passt, dass die Verschwörungsmentalität neben der autoritären Aggression das am weitesten verbreitete Element des autoritären Syndroms ist. „Wir beobachten also ein ausgeprägtes Fremdeln mit der Demokratie, sie wird von vielen nicht als etwas Eigenes verstanden“, ergänzt der an der Studie beteiligte stellvertretende Direktor des EFBI, Dr. Johannes Kiess. Diese Werte seien seit etwa 20 Jahren konstant.

Die Sehnsucht nach der DDR sei ausgeprägt, zwei Drittel teilen sie. Drei Viertel fühlten sich als Ostdeutsche. Viele fühlten sich aber auch als Deutsche und als Bürger der Bundesrepublik, mehrere Identitäten können also parallel zueinander existieren. Nur die Hälfte rechne sich zu den Gewinnern der deutschen Einheit, ein Drittel hingegen zähle sich zu den Verlierern. Dieser Rückblick auf die DDR hängt nicht zuletzt mit dem Wunsch nach einer Einparteiendiktatur zusammen, wie es die hohe Zustimmung zur Forderung nach „einer einzigen starken Partei, die die Volksgemeinschaft verkörpert“ verdeutlicht. Diese Ergebnisse zeigen, dass extrem-rechte Parteien mit ihren ideologischen Angeboten zahlreiche Anknüpfungspunkte in die Breite der Bevölkerung haben. Konsequenterweise finden sich unter den Anhängern der AfD auch die meisten Menschen mit rechtsextremen Einstellungen.

<https://recentglobe.uni-leipzig.de/zentrum/detailansicht/artikel/neue-studie-veroeffentlicht-autoritaere-dynamiken-und-die-unzufriedenheit-mit-der-demokratie-in-ostdeutschland-2023-06-28>

III Gender Pay Gap und Gender Care Gap

Aus dem Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung 9/2023 (Autorinnen der Studie: Clara Schäper, Annekatrin Schrenker, Katharina Wroblich)

Der Gender Pay Gap, also der prozentuale Unterschied der durchschnittlichen Bruttolohnstundenlöhne von Männern und Frauen, betrug nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2022 – wie schon im Jahr zuvor – 18 Prozent. Dieser im internationalen Vergleich relativ hohe Gender Pay Gap ist jedoch nicht für alle Beschäftigten gleich. Er unterscheidet sich vielmehr sehr stark, beispielsweise nach Region. So gibt das Statistische Bundesamt für Westdeutschland einen Gender Pay Gap von 19 Prozent an, in Ostdeutschland beträgt er hingegen nur sieben Prozent. (...)

Fazit: Familienpolitik sollte Gender Care Gap und Gender Pay Gap gleichzeitig in den Blick nehmen
Die nahezu parallele Entwicklung des Gender Pay Gaps und des Gender Care Gaps im Alter von Anfang 20 bis Mitte 50 legt nahe, dass die Familiengründung einen kriti-

schen Wendepunkt für den Verlauf der Erwerbskarrieren von Frauen und Männern darstellt. Nach der Familiengründung übernehmen Frauen deutlich mehr unbezahlte Sorgearbeit, nehmen dafür häufiger und länger andauernde Elternzeitinfo und arbeiten deutlich häufiger in Teilzeit.info Auch wenn der Gender Care Gap ab dem Alter von 40 Jahren wieder abnimmt, bleibt der Gender Pay Gap bis zum Ende des Erwerbslebens auf hohem Niveau. Dies legt nahe, dass im Alter zwischen 30 und 40 Jahren entscheidende Weichen für den weiteren Verlauf der Verdienste gestellt werden – in genau dieser Zeit sind aber Frauen deutlich stärker als Männer in unbezahlte Sorgearbeit eingebunden. Die ungleiche Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen speziell in dieser Lebensphase ist daher eine wichtige Erklärung für den anhaltend hohen Gender Pay Gap.

Wenn die Politik das Ziel der Chancengleichheit für Frauen und Männer am Arbeitsmarkt ernsthaft verfolgen will, sollte sie daher an der Aufteilung der Sorge- und Erwerbsarbeit in der kritischen Lebensphase der Familiengründung ansetzen. Eine vielversprechende Maßnahme wäre, die Partnermonate beim Elterngeld auszuweiten. Die derzeit zwei Partnermonate (von 14 Monaten Elternzeit für beide Elternteile insgesamt) wurden 2007 eingeführt und haben dazu geführt, dass deutlich mehr Väter Elternzeit nehmen als zuvor. Überwiegend tun sie dies jedoch nur im Umfang des gesetzlichen Minimums von zwei Monaten, während Mütter überwiegend zwölf Monate Elternzeit nehmen.info Die Partnermonate sollten daher schrittweise erhöht werden, bis eine Quote von 50 Prozent (sieben von 14 Monaten) erreicht ist. Eine andere Möglichkeit, die längere Inanspruchnahme der Elternzeit von Vätern finanziell zu fördern, wäre eine zeitlich absinkende Lohnersatzrate beim Elterngeld.info Beispielsweise könnten beide Elternteile für sieben Monate Elterngeld mit einer Lohnersatzrate von 80 Prozent beziehen, danach würde die Lohnersatzrate auf 50 Prozent gesenkt werden (für maximal vier Monate). In diesem Modell, das der Sachverständigenrat des 9. Familienberichts vorgeschlagen hat, wäre das Elterngeld beider Elternteile insgesamt am höchsten, wenn beide Elternteile eine siebenmonatige Elternzeit wählen.

Aber auch andere Bereiche des Steuer- und Transfersystems müssten reformiert werden, um eine gleichmäßigere Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern zu fördern. So gehen vom Ehegattensplitting – insbesondere in Kombination mit der steuerlichen Behandlung der Einkünfte aus Minijobs – erwiesenermaßen negative Erwerbsanreize für verheiratete Frauen aus.info Daher sollte einerseits eine Reform des Ehegattensplittings beispielsweise hin zu einem Realsplitting mit niedrigem Übertragungsbetraginfo umgesetzt werden. Zusätzlich sollten die Minijobs – bis auf mögliche Ausnahmen für Schüler*innen, Studierende und Rentner*innen – abgeschafft werden. Diese Maßnahmen hätten nicht nur wichtige gleichstellungspolitische Wirkungen, sondern sie wären auch wirksame Mittel, um dem Arbeitskräftemangel entgegen zu treten.

Vollständige Pressemitteilung und Link zur Studie unter

https://www.div.de/de/div_01.c.867356.de/publikationen/wochenberichte/2023_09_1/gender_pay_gap_und_gender_care_gap_steigen_bis_zur_mitte_des_lebens_stark_an.html